



Zwei Präsidenten sprachen am selben Tag Positionen Russland–USA und Pekings 12-Punkte-Plan

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Februar 2023

Zusammenfassung

Am selben Tag, dem 21. Februar 2023, trug der russische Präsident Wladimir Putin der russischen Föderalversammlung seinen Bericht zur Lage der Nation vor, und sein amerikanischer Kollege Joe Biden sprach im Warschauer Königsschloss. In beiden Reden war der Ukraine-Krieg das wichtigste Thema. Am 24. Februar 2023, dem Jahrestag des militärischen Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine, legte das chinesische Außenministerium einen Zwölf-Punkte-Plan „zur politischen Lösung der Ukraine-Krise“ vor.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 21. Februar 2023 trug der russische Präsident Wladimir Putin am Vormittag der Föderalversammlung seine Botschaft zur Lage der Nation vor, zu der er von der Verfassung verpflichtet ist. Am Abend desselben Tages sprach der amerikanische Präsident Joe Biden, der kurz vorher überraschend die ukrainische Hauptstadt Kiew besucht hatte, eine halbe Stunde im Warschauer Königsschloss vor etwa 1.000 Teilnehmern.

Rede Putins

Der russische Präsident hielt seine fast zweistündige Rede nach zweijähriger Pause vor den beiden Parlamentskammern und geladenen Gästen in der großen Ausstellungshalle des Moskauer Gostinij Dwor, nicht wie sonst im großen Georgensaal des Kremlpalastes.¹ In seinen langen Ausführungen zum Ukraine-Krieg warf er dem Westen vor, den Krieg begonnen zu haben. „Ich möchte das wiederholen: Sie waren es, die den Krieg entfesselt haben, und wir haben Gewalt angewendet und verwenden sie, um ihn zu stoppen.“ Er wiederholte dann die üblichen Vorwürfe gegen den Westen:

1. Unterstützung des „Putsches“ 2014 in der Ukraine. Gemeint ist der dreimonatige Protest der Bevölkerung mit über 100 Toten gegen die auf den damaligen Druck Putins zustande gekommene Verweigerung des damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, das jahrelang von seiner Regierung mit Brüssel ausgehandelte 1.000 Seiten lange Assoziations- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union zu unterschreiben, die sich um ihre freiheitlichen Hoffnungen betrogen sah.
2. Der Westen versuche, aus der Ukraine ein „Anti-Russland“ zu machen. Damit meint Putin wohl, dass es der Ukraine gelungen ist, trotz des 2014 begonnenen von Russland massiv unterstützten militärischen Versuchs der Gebiete Donezk und Luhansk, sich von der Ukraine abzutrennen, um sich dann später Russland anzuschließen, ein demokratischer Rechtsstaat mit einer wachen Zivilgesellschaft sowie einer wachsenden Marktwirtschaft zu bleiben und sich weiterzuentwickeln, was sogar nach Russland ausstrahlt.
3. Der Westen beabsichtige, Russland eine „strategische Niederlage“ zuzufügen. Er strebe danach, einen lokalen Konflikt in einen globalen zu verwandeln, um Russland zu „beenden“. Russland werde entsprechend reagieren, „denn in diesem Fall sprechen wir über die Existenz unseres Landes“. Das soll wohl ein Hinweis auf eine Formulierung in der russische Militärdoktrin sein, die in einem solchen Fall zulässt, zuerst Atomwaffen gegen konventionelle Waffen einzusetzen; doch es sei „unmöglich, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen“.

Seine Kriegsziele ließ Putin erkennen, indem er feststellte, dass das Asowsche Meer „wieder zu einem Binnenmeer Russlands geworden ist“ und dass die Krim „jetzt über eine zuverlässige Landverbindung zu ganz Russland verfügt.“

Trotz der westlichen Sanktionen sei das Bruttoinlandsprodukt nur um 2,1 % gesunken; besonders günstig habe sich die Landwirtschaft entwickelt. Putin kündigte eine Reihe von Infrastrukturprojekten an, wie die Fertigstellung der Schnellstraße Moskau-Kasan, den Ausbau des Gasversorgungsnetzes in den Regionen, Sozial-

¹ <http://kremlin.ru/events/president/news/70565>



maßnahmen wie die Indexierung von Sozialleistungen sowie den Bau von Wohnungen für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben.

Gegen Ende seiner Rede machte Putin seinen sicherheitspolitischen Paukenschlag: Er setzte für Russland das letzte noch existierende Sicherheitsabkommen mit den USA aus, New Start, das bis zum Februar 2026 noch gültig ist. Das Abkommen war 2010 in Prag von den USA und Russland unterzeichnet worden und sieht vor, dass beide Länder nur über höchstens 1.500 Atomsprengköpfe verfügen dürfen, die auf höchstens 700 Raketen oder Bombern montiert sein dürfen. Im August 2022 blockierte Russland die Wiederaufnahme der gegenseitigen Inspektionen im Rahmen des Vertrags und weigerte sich im Herbst 2022, die Sitzungen der bilateralen Kommission zur Überwachung des Vertrags wieder aufzunehmen. Noch am selben Tag erklärte das russische Außenministerium, dass sich Russland trotz Aussetzung des Abkommens weiterhin inhaltlich an die zahlenmäßigen Vorgaben des Vertrags halten werde.²

Rede Bidens

Der amerikanische Präsident Joe Biden begann seine Rede mit dem vom ersten polnischen Papst Johannes Paul II. entlehnten Ausspruch bei dessen damaligen ersten Polenreise 1978: „Habt keine Angst“.³

Der Kern der Rede ist der militärische Einmarsch Russlands in die Ukraine: „Und Putin hat die Dreistigkeit, wie alle Autokraten vor ihm, zu glauben, dass die Macht Recht schaffen wird.“ Die NATO sei ein Verteidigungsbündnis, sie habe nie den Untergang Russlands angestrebt. „Im Vorfeld der aktuellen Krise arbeiteten die Vereinigten Staaten und die NATO monatelang daran, Russland zur Abwendung eines Krieges zu bewegen. Ich traf mich persönlich mit ihm, telefonierte viele Male mit ihm. Wir haben immer wieder echte Diplomatie und konkrete Vorschläge zur Stärkung der europäischen Sicherheit, zur Erhöhung der Transparenz und zur Vertrauensbildung auf allen Seiten unterbreitet. Aber Putin und Russland begegneten jedem der Vorschläge mit Desinteresse an irgendwelchen Verhandlungen, mit Lügen und Ultimaten, Russland war von Anfang an auf Gewalt aus.“

Es gebe keine Rechtfertigung oder Provokation für Russlands Kriegsentscheidung. „Es ist nichts weniger als eine direkte Herausforderung der regelbasierten internationalen Ordnung, die seit dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde. Und er droht zu einem jahrzehntelangen Krieg zurückzukehren, der Europa verwüstete, bevor die internationale regelbasierte Ordnung eingeführt wurde.“

Die USA haben laut Biden 140 russische Oligarchen und deren Familienmitglieder und mehr als 400 russische Regierungsbeamte sanktioniert, über 400 private multinationale Unternehmen haben sich aus der Geschäftstätigkeit in Russland zurückgezogen. Russlands Wirtschaft sei vor der Invasion als elftgrößte Volkswirtschaft der Welt eingestuft gewesen. Sie wird bald nicht einmal mehr unter den Top 20 der Welt rangieren.“

Eine deutliche Warnung an Putin sprach der US-Präsident aus: „Denken Sie nicht einmal daran, sich auf einen einzigen Zentimeter NATO-Territorium zu bewegen. Wir haben eine heilige Verpflichtung nach Artikel 5, jeden einzelnen Zentimeter des NATO-Territoriums mit der vollen Kraft unserer kollektiven Macht zu verteidigen.“

Das russische Volk sei „nicht unser Feind“. Putins Aggression habe das russische Volk vom Rest der Welt abgeschnitten und führe Russland zurück ins 19. Jahrhundert. „Ich sage Ihnen die Wahrheit: Dieser Krieg ist eurer

² https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/1855184/

³ [Full transcript of President Biden's speech in Warsaw on Russia's invasion of Ukraine - ABC News \(go.com\)](#)



nicht würdig, des russischen Volkes.“ Die Ukraine werde niemals ein Sieg für Russland sein. „Um Gottes Willen kann dieser Mann nicht an der Macht bleiben.“

Kommentar: Putin ist mit dem Zerfall der Sowjetunion innerlich bis heute nicht wirklich fertig geworden⁴ Er ist der Auffassung, dass die Sowjetunion den Kalten Krieg nicht verloren hat, sondern damals nur kapituliert hatte, deshalb möchte er den Kalten Krieg gegen den Westen noch einmal führen, diesmal aber siegreich mit Hilfe Chinas.

Er möchte nicht mit der Ukraine, deren Existenz er als einen Unfall der russische Geschichte sieht, den Lenin zu verantworten habe, verhandeln, sondern mit den USA, um eine Aufteilung der Welt in zwei Einflusszonen zu erreichen wie 1945 in Jalta, als der damalige amerikanische Präsident Franklin Roosevelt Stalin ganz Osteuropa überließ. Um das zu erreichen, ließ Putin im Frühjahr 2021 100.000 russische Soldaten um die Ukraine herum aufmarschieren, die ihr schweres Gerät nach ihrem späteren Abzug zurückließen. Das so erreichte Gipfeltreffen mit Joe Biden am 7. Juni 2021 in Genf brachte ihm nicht die gewünschten Ergebnisse, also zog er im November 2021 erneut Truppen an den ukrainischen Grenzen zusammen, diesmal 140.000. In ultimativen Vertragsvorschlägen an die USA und die NATO verlangte Moskau im Dezember 2021 die Zusage beider, dass die Ukraine nie in die NATO aufgenommen werde und dass sich die NATO aus Osteuropa auf den Stand vor ihrer Erweiterung von Mai 1997 zurückziehe, um so wieder einen Sicherheitskorridor zu Russland zu schaffen. Als die USA und die NATO dies ablehnten und Gegenvorschläge machten, drohte Moskau am 17. Februar 2022 mit „militärisch-technischen Maßnahmen“.

Die Weiterexistenz der NATO – der Warschauer Pakt hatte sich 1991 aufgelöst – erinnert Putin jeden Tag daran, dass die Sowjetunion den Kalten Krieg verloren hat. In mehreren russischen Zeitungen hatte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow zuletzt am 14. Oktober 2014 erklärt, dass das Thema der NATO-Erweiterung niemals mit den Westmächten diskutiert worden oder zur Sprache gekommen sei. 1994 hatte der damalige amerikanische Präsident Bill Clinton seinem russischen Kollegen Boris Jelzin mehrmals mündlich und schriftlich angeboten, dass Russland Mitglied der NATO werden könne, was dieser als zu verfrüht ablehnte.

Der russische Präsident versucht gewaltsam, eine Art neuer Breschnew-Doktrin durchzusetzen, die ich *Putin-Doktrin* nenne. Zur Rechtfertigung der militärischen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968, des kommunistischen Reformprogramms in der Tschechoslowakei, wurde in Moskau die nach dem KPdSU-Generalsekretär benannte Doktrin entwickelt, nach welcher die sozialistischen Länder keine nationale, sondern nur eine gemeinsam sozialistische. Veränderungen in einem osteuropäischen Land betreffen automatisch das gesamte sozialistische Lager. Auf heute übertragen bedeutet das: Die Ukraine ist nicht souverän hinsichtlich der Grundlagen ihrer Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Ukraine hatte nie eine wirkliche Chance, NATO-Mitglied zu werden:

1. bis zur Krim-Annexion 2014 nicht, weil auf ihr (in Sewastopol) die russische Schwarzmeerflotte stationiert war (Vertragsgültigkeit bis 2043), denn auf einem NATO-Territorium dürfen keine NATO-fremden Truppen stationiert sein;
2. nach 2014 nicht, weil die Grenzfrage der Ukraine nicht geklärt war, denn die Krim ist nach ihrer Annexion durch Russland aus ukrainischer Sicht weiterhin ukrainisches Territorium; außerdem führte Russ-

⁴ Die russischen Quellen in meinem Buch „Analysen zum Ukraine-Krieg. Interne Überlegungen in Moskau.“ Kindle 2022.



land im Donbass, also auf ukrainischem Territorium, Kampfhandlungen zur Unterstützung der Separatisten durch – ein solches Land kann kein NATO-Mitglied werden.

3. Die Ukraine hätte zum damaligen Zeitpunkt nur dann die Chance gehabt, NATO-Mitglied zu werden, wie sie *für immer* auf die Krim und den Donbass verzichtet hätte.

Chinas Zwölf-Punkte Plan

Am 24. Februar 2023, dem Jahrestag der russischen Invasion in der Ukraine, legte Peking einen Zwölf-Punkte-Plan „zur politischen Lösung der Ukraine-Krise“ vor.⁵ Er enthält folgende Elemente:

1. Respektierung der Souveränität aller Länder,
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Kriegs,
3. Einstellung der Feindseligkeiten,
4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche,
5. Lösung der humanitären Krise,
6. Schutz der Zivilisten und Kriegsgefangenen,
7. Kernkraftwerke sicher halten,
8. Reduzierung strategischer Risiken,
9. Erleichterung des Getreideexports,
10. Beendigung einseitiger Sanktionen,
11. Industrie- und Lieferketten stabil halten,
12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten.

Kommentar: Peking zeigt Putin Grenzen auf. Bereits im ersten Punkt heißt es, dass die Annexion von Gebieten der Ukraine nicht akzeptiert wird. Positiv ist weiter zu vermerken, dass im achten Punkt gefordert wird, dass Atomwaffen nicht eingesetzt und Atomkriege nicht geführt werden dürfen. „Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen sollte bekämpft werden.“

Problematisch dürfte der zweite Punkt werden, in dem zur Schaffung einer „ausgewogenen, wirksamen und nachhaltigen europäischen Sicherheitsarchitektur“ aufgerufen wird. Das erinnert an das sowjetische und später im Juni 2008 vom damaligen russischen Präsidenten, Dmitrij Medwedew, in einer etwas anderen Formulierung in Berlin wieder aufgewärmte kollektive europäische Sicherheitssystem. Der damaligen westlichen Ablehnung dieses Vorschlags mit der Begründung, das bedeute die Auflösung der NATO, antwortete der Kreml im Oktober 2008, die NATO könne ja Mitglied eines solchen gemeinsamen Sicherheitssystem sein. Auch der zehnte Punkt dürfte auf westliche Ablehnung stoßen, denn wenn der Ukraine-Krieg wirklich durch eine nachhaltige Verhandlungslösung beendet wird, sind Sanktionen nicht mehr nötig.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

⁵ https://www.mfa.gov.cn/eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.

